

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 10.11.2018 , Seite 24

Flüssiggas-Terminals: Bund beschließt Millionenhilfen

Das geplante LNG-Großprojekt in Brunsbüttel kann auf finanzielle Unterstützung aus Berlin setzen

Von Henning Baethge

BRUNSBÜTTEL/BERLIN Die Chancen für den Bau eines Flüssiggas-Terminals in der schleswig-holsteinischen Industrie- und Hafenstadt Brunsbüttel steigen: Union und SPD haben in Berlin bei ihren Haushaltsberatungen beschlossen, dass der Bund die Errichtung solcher Terminals künftig finanziell fördern will.

Wie der Regierungskoordinator für die maritime Wirtschaft, der Lauenburger CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Brackmann, unserer Zeitung gestern sagte, sind für die Förderung von kleinen Flüssiggas-Terminals zunächst insge-

samt 16 Millionen Euro für 2021 und 2022 im Verkehrsetat eingeplant. Eine Meldung über sogar 165 Millionen Euro dementierte er. Kleine „Small scale“ Terminals dienen dazu, Flüssiggas von Tankschiffen zu bunkern und anschließend andere Schiffe oder Lkw wieder damit zu betanken. Vor allem in der Schifffahrt gilt Flüssiggas als Treibstoff der Zukunft.

Zudem will das Wirtschaftsministerium auch den Bau von einem oder mehreren großen Import-Terminals fördern, gemeinsam mit den Ländern. Beiträge stehen noch nicht fest. Mithilfe von Import-Terminals kann Flüssiggas nicht nur gebunkert, sondern auch in ech-

tes Gas zurückverwandelt werden und ins Netz eingespeist. Mit Flüssiggas-Importen aus Qatar oder den USA will sich Deutschland weniger abhängig von russischem Gas machen.

Brackmann sagte, die Förderentscheidung des Bundes sei „eine gute Nachricht für alle, die in LNG investieren wollen“. LNG steht für „liquefied natural gas“, den englischen Begriff für Flüssiggas. Besonders erfreulich sei der Beschluss für Brunsbüttel – „weil die Investoren dort am weitesten mit ihren Plänen sind“.

In der Stadt an der Unterelbe plant das deutsch-holländische Konsortium „German LNG-Terminal“ für 450 Millionen

Euro sowohl ein kleines als auch ein großes Terminal. Bisher gibt es gar kein LNG-Import-Terminal in Deutschland. Eine Sprecherin des Konsortiums sagte, sie „begrüße“ die Entscheidung aus Berlin.

Auch der Kieler Wirtschaftsminister Bernd Buchholz zeigte sich über den Beschluss erfreut. „Das ist der richtige Weg und ein richtiges Signal“, sagte der FDP-Mann. Allerdings ist nicht sicher, dass der Löwenanteil der Förderung nach Brunsbüttel fließt: Auch Stade und Wilhelmshaven wollen Standort des ersten Import-Terminals werden. Ein kleines Terminal ohne Netzanschluss ist zudem in Rostock geplant.

Kieler Nachrichten - Kieler Zeitung vom 12.11.2018, Seite 6

Bund will LNG fördern

BRUNSBÜTTEL. Der Bund will die technische Entwicklung von Terminals für verflüssigtes Erdgas (LNG) in den nächsten fünf Jahren mit 165 Millionen Euro fördern. Das habe der Haushaltsausschuss beschlossen, teilte die SPD-Abgeordnete Bettina Hagedorn mit. Davon werde auch der Stand-

ort Brunsbüttel profitieren, der das erste Importterminal für LNG an der deutschen Küste betreiben will. Der Ort habe durch sehr gute Projektpläne überzeugt und im Verhältnis zur nationalen Konkurrenz die Nase vorn, so Hagedorn. Im Rennen sind auch Stade und Wilhelmshaven.